

## Diagnose: Wahlmüdigkeit

DEPARTAMENTAL- UND KOMMUNALWAHLEN IN URUGUAY

**Am 9. Mai 2010 fanden in den 19 uruguayischen Departamentos Wahlen statt. Zudem hatten die Bürger erstmals in der Geschichte des zentralistischen Landes die Möglichkeit, im Rahmen von Kommunalwahlen Bürgermeister (alcaldes) für landesweit 89 Gemeinden ab 5.000 Einwohnern zu wählen.**

Nicht einmal ein halbes Jahr nach den nationalen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen mit ihren zwei Wahlgängen waren die gut 2,5 Mio. Wahlberechtigten Uruguayer damit erneut an die Urnen gerufen. In dem kleinen Land am Río de la Plata herrscht auch für die Departamentalwahlen Wahlpflicht. Die Wahlbeteiligung lag daher auch bei etwa 90%. Nicht verpflichtend war dagegen die eben eingeführte Wahl der Alcaldes. Und so kanalisierte sich die Wahlmüdigkeit der Bürger denn auch zum einen in einer hohen Wahlenthaltung für diese neue dritte Staatsorganisationsebene: etwa zwei Drittel der Wähler sollen Umfragen zufolge nicht von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht haben. Dies gilt vor allem für das Departamento Montevideo und das angrenzende Canelones, wo die Wege zum Gouverneur, der in der Hauptstadt eher einem volksnahen Oberbürgermeister vergleichbar ist, kurz sind und die nationalen Regierungsinstitutionen nicht sehr weit entfernt liegen. Weiter im Landesinneren soll dagegen das Interesse an der Wahl lokaler Autoritäten größer gewesen sein.

Abgesehen von generellem Desinteresse nach dem Wahlmarathon des vergangenen Jahres machte sich an diesem Phänomen aber auch bemerkbar, dass die mit dem im September 2009 verabschiedeten Dezentralisierungsgesetz eingeleitete Staatsorgani-

sationsreform zu hastig eingeführt und den Bürgern nicht ausreichend erklärt worden war. So veröffentlichte die Tageszeitung „El Observador“ denn auch am Wahltag unter der Überschrift „Wahl-Führer für heute“ ein doppelseitiges Schema, in dem erläutert wurde, wie die Wahl funktioniert und welche Funktionen die Bürgermeister und ihre je vier Stellvertreter haben sollen, nämlich die lokalen Interessen im kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich zu vertreten. Themen wie Gesundheitsvorsorge, Verkehr und Umweltschutz bis hin zu Kulturveranstaltungen fallen in ihre Zuständigkeit, wobei sie insoweit mit den Behörden auf der Departamento-Ebene zusammenarbeiten.

Bis wenige Wochen vor der Wahl war der Wahlgerichtshof (Corte Electoral) mit der genauen Ausgestaltung der beiden parallel vorgesehenen Wahlvorgänge beschäftigt. Dabei wurde u. a. die Entscheidung getroffen, dass in den Wahlkabinen angesichts der großen Zahl der Kandidatenlisten keine Wahlzettel für die Bürgermeisterwahl bereit gelegt werden würden, sondern die Bürger die Liste ihres gewünschten Kandidaten selbst mit zur Wahl bringen müssten. Nicht zulässig war die Wahl eines Gouverneurs (Intendente, Regierungschef auf Departementalebene) einer Partei und eines Bürgermeisters, der einer anderen Partei angehörte (sog. „voto cruzado“). Noch etwa einen Monat vor der Wahl gab es kaum registrierte Kandidaten für die Bürgermeisterämter. Noch Ende des Jahres 2009 hatte sich eine Einigung aller politischen Kräfte abgezeichnet, angesichts der kurzen Zeitspanne bis zu den diesjährigen Departamentalwahlen die Wahl der alcaldías erstmals im Zuge der nächsten, 2015 turnusmäßig geplanten Wahl durchzuführen und

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

URUGUAY

GISELA ELSNER\*

12. Mai 2010

[www.kas.de/uruguay](http://www.kas.de/uruguay)

die Dezentralisierungsreform entsprechend sorgsam einzuleiten. Der damalige Staatspräsident Tabaré Vázquez hatte aber darauf bestanden, die Wahl bereits diesmal auszurichten.

Die Quittung für die eilige Umsetzung sollte bei den Wahlen vom 9. Mai 2010 vor allem Vázquez´ auch nun wieder auf nationaler Ebene unter Staatspräsident José Mujica regierende Kraft, der Frente Amplio (FA) bezahlen, der herbe Stimmverluste hinnehmen musste: in der Hauptstadt, die seit 20 Jahren in FA-Hand ist, etwa 120.000 Stimmen weniger gegenüber den letzten Departamentalwahlen 2005 sowie den Verlust der Mehrheit in zwei oder drei<sup>1</sup> Departamentos.

#### Bisherige Ergebnisse auf Landesebene

Nach der bisherigen Auszählung der Stimmen hat sich der FA in den vier bevölkerungsreichsten Departamentos im Südosten des Landes - Montevideo, Canelones, Maldonado und Rocha – an der Macht halten können.<sup>2</sup> Auch im nördlichsten Departamento, Artigas, siegte die FA-Kandidatin für das Gouverneursamt. Das Regierungsbündnis verlor dagegen in Treinta y Tres, Paysandú und Salto.<sup>3</sup>

In Salto gewann der Partido Colorado (PC), der zudem die Intendencia von Rivera erneuert für sich gewinnen konnte.

Der Partido Nacional (PN), der sich traditionell großer Zustimmung im Landesinneren erfreut, kann in elf oder zwölf Departamentos den Gouverneur stellen. Dabei ergab sich noch die parteiintern interessante Entwicklung, dass der Sektor „Unidad Nacional“ des Parteichefs und Präsidentschaftskandidaten 2009, Luis Alberto Lacalle, zwar von

1 Im Departamento Florida ist die Stimmauszählung noch nicht abgeschlossen; es gibt ein Kopf-an-Kopf-Rennen des Kandidaten des FA und des Partido Nacional.

2 Allein in Montevideo und Canelones leben 56% der uruguayischen Gesamtbevölkerung.

3 Dort war der bisherige Intendente der Christdemokrat Ramón Fonticella

den PN-Wählern in Montevideo und Canelones bevorzugt wurde, in den übrigen Departamentos aber der Sektor „Alianza Nacional“ klar dominierte, der von Lacalles parteiinternem Herausforderer Jorge Larrañaga angeführt wird, der Lacalle bei den Vorwahlen zur Präsidentschaftswahl im Juni 2009 unterlegen war. Von den insgesamt elf oder zwölf Departamentalregierungen, die der PN wird stellen können, werden offenbar mindestens sieben an „Alianza Nacional“ gehen.

Insgesamt übertreffen die beiden Oppositionsparteien PN und PC gemeinsam mit etwa 45% der Gesamtwählerstimmen den FA, dessen Anteil bei knapp 42% lag.

Hinsichtlich der erstmals gewählten 89 Bürgermeisterämter sieht es derzeit so aus als hätten FA und PN mit je 42 alcaldías Gleichstand erreicht. Der FA kann jedoch die acht in Montevideo vorgesehenen Bürgermeisterstellen.

Überrascht hat insgesamt der hohe Anteil der leer abgegebenen Wahlumschläge (votos en blanco), vor allem in Montevideo und dem angrenzenden Canelones, wo er bei ca. 10% lag. Traditionell liegt dieser Anteil in Uruguay bei etwa 3%. Der uruguayische Wähler entscheidet grundsätzlich gern mit und nutzt seine Stimme aktiv. Diesmal hingegen haben offenbar vor allem FA-Wähler in Montevideo mit leeren Wahlumschlägen abgestimmt. Zwar fühlten sie sich offenbar nicht zu den Alternativen hingezogen, die die beiden Traditionsparteien ihnen anboten, wollten aber auch dem FA nicht ihre Stimme geben.

In diesem Zusammenhang spielt jedoch vermutlich auch eine Rolle, dass etwa 200.000 Wähler nicht in dem Wahlbezirk wählen konnten, in dem sie leben, sondern dort, wo sie ursprünglich bei Erreichen der Volljährigkeit und damit der Wahlberechtigung registriert wurden und ihren Wahlausweis (credencial) erhielten. Das bedeutet, dass sie mitunter die Kandidaten, die sich zur Wahl stellten, gar nicht kennen. Es besteht keine Ummeldepflicht – und auch der Vizepräsident, Danilo Astori, sowie die Ehefrau des Staatspräsidenten Mujica, Lucia Topolansky wählten nicht in dem Stadtvier-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

URUGUAY

GISELA ELSNER\*

12. Mai 2010

[www.kas.de/uruguay](http://www.kas.de/uruguay)

tel, in dem sie ihren Lebensmittelpunkt haben.

#### Suche nach Gründen beim FA

Während sich der uruguayische Staatspräsident José Mujica (FA, MPP) nicht zu den Departementalwahlen äußern wollte, ließ sich Vizepräsident Danilo Astori (FA, Asamblea Uruguay) bereits als sich am Wahlabend die ersten Resultate abzeichneten mit der Bemerkung vernehmen, er habe ein besseres Ergebnis erwartet. Die Wähler hätten dem Regierungsbündnis FA „die Ohren lang gezogen (auf Spanisch: „un tirón de orejas“) und man müsse die Gründe hierfür sorgfältig analysieren.

Als ein Grund wurde die enge Aufeinanderfolge von Wahlvorgängen angeführt. Die Departementalwahl war – nach den Vorwahlen, im Rahmen derer im Juni 2009 die Präsidentschaftskandidaten der einzelnen Parteien bestimmt worden waren, dem ersten Wahlgang der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Oktober und dem zweiten Wahlgang im November 2009 - der vierte innerhalb eines Jahres. Das Land befindet sich seit fast zwei Jahren im Wahlkampf, was nicht nur mit hohen finanziellen Kosten verbunden ist, sondern auch einen gewissen Lähmungsprozess in das politische Leben gebracht hat.

Weitere Faktoren, die den FA vor allem in Montevideo Zustimmung gekostet haben könnten, könnte zum einen die vorangegangene Administration des ehemaligen Montevideaner Gouverneurs und nunmehrigen Ministers für Bildung und Kultur, Ricardo Ehrlich, sein, der u.a. undankbare Haushaltsfragen lösen musste und mit der Gewerkschaft ADEOM (Asociación de Empleados y Obreros Municipales) einen langwierigen Konflikt austragen musste, der vor allem in einem Streik der städtischen Reinigungsdienste in der Hauptstadt Ausdruck gefunden hatte.

Zum anderen wird immer deutlicher der Auswahlprozess für die siegreiche Kandidatin des FA, die Kommunistin und ehemalige Staatssekretärin im Ministerium für soziale Entwicklung, Ana Olivera kritisiert. Der FA

hatte sich für die Kandidatur mit einer einzigen Kandidatin in der Hauptstadt entschieden. Dabei waren die beiden weiteren Kandidaten, Daniel Martínez (Senator der Sozialistischen Partei) und Carlos Varela (Abgeordneter des FA/Asamblea Uruguay) auf der Strecke geblieben. Dass sich Olivera durchgesetzt hat, wird auf ein Wiedererstarken der kommunistischen Partei in Uruguay zurückgeführt, das 2008 seinen Ausdruck auch in der Unterstützung der Kandidatur José Mujicas als FA-Kandidat für das Amt des Staatspräsidenten gefunden hatte. Nicht zuletzt dieser Unterstützung verdankte es Mujica, dass er sich seinerzeit FA-intern gegen Danilo Astori, den eigentlichen Favoriten für jenes Amt, hatte durchsetzen können. Es gibt Stimmen, denen zufolge damals der Pakt geschlossen worden sei, dass der FA einen Kandidaten oder eine Kandidatin der kommunistischen Partei für das Amt des Intendente in der Hauptstadt unterstützen würde.

Klar wurde jedenfalls, dass sich ein Ausspruch des FA-Politikers und ehemaligen Industrieministers Raúl Sendic nicht bewahrheiten würde, dass nämlich der FA in Montevideo das Gouverneursamt selbst dann gewinnen würde, wenn „der Kandidat ein Kühlschranks [wäre]“.

#### Wahlrechtsreform

Bereits am Tag der Wahl wurden seitens aller Parteien Forderungen laut, das zuletzt 1996 geänderte Wahlsystem zu reformieren. Vorgeschlagen wurde u.a., National- und Departementalwahlen zusammenzulegen, die Vorwahlen für die Präsidentschaftswahlen oder den zweiten Wahlgang bei diesen Wahlen abzuschaffen, um so die Wahlkampfphase abzukürzen. Das Thema soll Anfang Juni zunächst im Senat des uruguayischen Zweikammer-Parlaments erörtert werden. Man will dann in der zweiten Jahreshälfte versuchen, einen Konsens der politischen Kräfte zu finden, um 2011 eine Volksbefragung zur Wahlrechtsreform durchzuführen.

*\* Die Verfasserin dankt Marie Ciobanu, derzeit Rechtsreferendarin im KAS-Büro Uruguay, für ihre Unterstützung bei der Recherche zu diesem Artikel.*